

Liebe Kollegin, lieber Kollege von der Post!
Solltest du diese Zeitung nicht zustellen können, sende sie bitte an den Absender zurück!

Wir FavoritnerInnen

Bezirksblatt der KPÖ-Favoriten mit Simmering-Nachrichten

März 2011

Erscheinungsort: Wien
Verlagspostamt: 1100 Wien
Österreichische Post AG
Info.Mail Entgelt bezahlt

Impressum:
Eigentümerin, Verlegerin: KPÖ-Wien
1140 Wien, Drechslergasse 42

Atomkraftwerke sind tickende Zeitbomben. Abschalten! Alle AKWs – Sofort!

Noch vor einigen Tagen interessierten sich kaum 100.000 ÖsterreicherInnen für den Ausstieg aus Euratom. Heute kann der Kampf gegen die Atomtechnologie neu aufgenommen werden.

Mit der Tatkräftigen Unterstützung derselben Medien, die heute über die Gefahren der „friedlichen“ Nutzung der Kernenergie dutzende Seiten und Sendestunden füllen, wurde das Volksbegehren zuvor praktisch totgeschwiegen. Nachdem dieses die Marke von 100.000 UnterstützerInnen nicht überschritten hat, muss es nicht einmal im Parlament behandelt werden. Wir können uns sicher sein, wenn der heftige Schock über die Katastrophe in Japan erst überwunden ist, kehren PolitikerInnen, Medien und Atomlobby zum Alltag zurück. Es wird den Druck von der Straße brauchen, damit die Konzerne, die mit dem Betrieb der AKWs satte Gewinne machen, nicht wieder anknüpfen, wo sie noch vor wenigen Tagen standen.

Bereits jetzt tauchen in den Debatten die ersten Fragen etwa danach auf, ob denn ohne AKWs Europas Energieversorgung gesichert werden kann. Ja sie kann und das deutlich effizienter, als mit höchst verletzlichen AKWs: „Überkapazitäten – Atomkraftwerke sind überflüssig. Selbst 2007 und 2009, als zeitweise sieben von 17 Atomkraftwerken stillstan-

den, hat Deutschland noch jede Menge Strom exportiert. Umweltbundesamt und Bundeswirtschaftsministerium haben unabhängig voneinander bestätigt: Es gibt keine Strom-Lücke, das Licht geht trotz Atomausstieg nicht aus. Abgeschaltete Atomkraftwerke können durch Erneuerbare Energien, Stromsparen und Kraft-Wärme-Kopplung ersetzt werden.“

Braucht es Volksabstimmungen für die Abschaltung von AKWs?

Maria Vassilkou, grüne Vizebürgermeisterin in Wien, ist zwar - dies wird niemand bezweifeln - gegen Atomkraftwerke, doch eine ihrer Wortmeldungen kann nur Erstaunen hervorrufen.

Vassilakou wörtlich: „Ich unterstütze daher den Vorschlag vehement, in Europa eine Volksabstimmung über die zukünftige Nutzung der Atomenergie durchzuführen, selbst wenn diese nicht rechtlich verbindlich ist. Denn wenn sich die EuropäerInnen gegen die Atomenergie entscheiden, so wird das niemand ignorieren können“.

Dazu meint Didi Zach, Landessprecher der KPÖ-Wien: „Ich verstehe diese Position absolut nicht. Es braucht keine Volksabstimmung, denn spätestens nach

Teuerung über 3,1%

In Österreich schnellte die Teuerung stärker empor als in der restlichen Eurozone. Noch höher war die gefühlte Teuerung: Der wöchentliche Einkauf verteuerte sich um 7,2 Prozent!

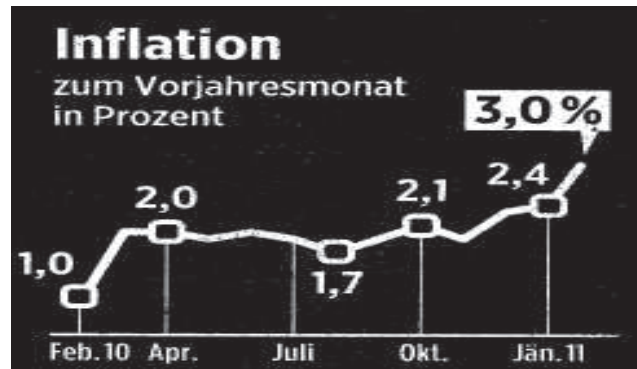
Die bürgerlichen Ökonomen erwarteten zwar eine Steigerung der Teuerung, aber vom Ausmaß wurden sie überrascht. Warum? Sind es doch sie selbst die den Politikern die wirtschaftlichen Ratschläge geben, den Unternehmern noch mehr Förderungen zukommen zu lassen und den sozialen Kahlschlag zu forcieren. Bei solch einer Wirtschaftspolitik dreht sich die Preisspirale rasant nach oben.

Der „Warenkorb“ zur Berechnung der Inflationsrate erweist sich immer mehr als Farce. So bestätigen jetzt sogar die FachökonomInnen, dass sich der tägliche Einkauf weit stärker verteuert als es die Inflationsrate zum Ausdruck bringt. So muß für den wöchentlichen Einkauf um 7,2% mehr bezahlt werden als noch vor einem Monat.

Sozialproteste nehmen zu

Gegen diese Wirtschaftspolitik der „niedrigen Löhne und

hohen Preise“, vormieren sich in vielen Ländern Europas Arbeiter und Angestellte sowie Arbeitslose und Ausgegrenzte. Steiks in Griechenland, Spanien, Portugal sowie die Eisenbahnerstreiks in Deutschland und große Demos in England sowie die wöchentlichen Kundgebungen in Kroatien sprechen eine deutliche Sprache: **Diese Wirtschaftspolitik muß geändert werden! Eine soziale, demokratische Welt muß her – sie ist möglich!**



Bezirkssplitter FAVORITEN und SIMMERING

35. Parteitag der KPÖ in Favoriten

Erstmals seit Gründung der Partei vor über 92 Jahren fand am 26. und 27. Februar ein Parteitag der KPÖ in Favoriten statt. Im Haus der Begegnung im Hanssonzentrum kamen etwa 200 TeilnehmerInnen, Delegierte, KPÖ-Mitglieder und internationale Gäste aus rund einem Dutzend Ländern zusammen. Neben den Berichten, Diskussionen und der Wahl eines neuen Bundesvorstands war die Verleihung des Ehrenvorsitzes für die 91jährige Irma Schwager ein politischer und emotionaler Höhepunkt.

Michael Graber, Favoritner Bezirkssprecher der KPÖ, erinnerte in der Begrüßung an die Gründung der KPÖ 1918 in den Favoritner Eichensäulen, die allerdings nicht mehr existieren, und an die ehemaligen Ziegelwerke am Wienerberg, die eine Wiege der Wiener und Österreichischen Arbeiterbewegung war.

Umplanung der U1 jetzt aktuell

Aus dem neuen Stadtteil in Rothneusiedl wird offenbar nichts. Einerseits ist mit Stronach der ehemalige Ober-Invest-Guru von Bürgermeister Häupl abgesprungen, da sich sein Stadion und Einkaufszentrum nicht realisieren lassen. Andererseits sind der Gemeinde Wien die noch privaten Grundstücke in Rothneusiedl zu teuer. Deshalb kündigte die grüne Vizebürgermeisterin an, die U1 nur bis zur Hanssonsiedlung verlängern zu wollen. Gescheiter wäre es da die U1 bis zur Therme Oberlaa zu verlängern, wie es die KPÖ seit jeher vorgeschlagen hat, rechnet die Gemeinde doch dort bis zu zwei Millionen Besuchern jährlich, die dann nicht für die letzten zwei, drei Stationen umsteigen müßten. Die jetzt landwirtschaftlich genutzten Flächen in Rothneusiedl, auf denen hunderte FavoritnerInnen selbst ihr frisches Gemüse ernten, könnten so erhalten werden.

Feberfeier der KPÖ-Favoriten

Die jährliche Gedenkveranstaltung der KPÖ-Favoriten in Erinnerung an die Februarkämpfe des Jahres 1934 gegen das austrofaschistische Regime stand diesmal im Zeichen des antifaschistischen Schauspielers und Sängers Ernst Busch, dessen 110. Geburtstag und 30. Todestag im Vorjahr gedacht wurde. Im sehr gut besuchten Bezirkslokal der KPÖ in der Herzgasse stellte der Historiker Manfred Mugrauer Leben und Wirken von Ernst Busch anhand vieler Musikbeispiele vor. Die charakteristische und einprägsame Stimme von Ernst Busch gehört, wie seine Texte und Lieder auch, heute zum Erbe der Kultur der Arbeiterbewegung.

Aus Integrationshaus wurde Abschiebezentrum

Vor gut eineinhalb Jahren wurde das Kardinal König Flüchtlingswohnheim geschlossen und dem Innenministerium überantwortet. Damals wurde wild dementiert, dass nach der Sanierung ein polizeiliches Anhaltezentrum geschaffen werden soll. Jetzt ist die Katze aus dem Sack. Die steinerne Lady Fekter präsentierte die neue „Familienunterbringung Zinnergasse“: helle Zimmer mit Spielecke und (fremdenpolizeilich überwachter) Gartenanlage – sozusagen eine familienfreundliche, ‚humane‘ Schubhaft. Dieser Zynismus a la Fekter passt zu den verschärften Asylgesetzen.

Schubhaft bedeutet für viele AsylwerberInnen Verfolgung, Folter und Tod. Die verschärften Asylgesetze sind für ein so reiches Land wie Österreich eine Schande. Kinder gehören nicht hinter Gitter, auch wenn sie mit hübschen Vorhängen verhängt sind.

Ihre Sorgen möchten wir haben....

meint eine große Versicherung. Doch die Sorgen, die sich die ÖVP-SeniorInnen machen, die braucht wirklich niemand: nämlich die schnellere Angleichung des Pensionsalters der Frauen an das der Männer.

Aus den unleugbaren Tatsachen, dass einerseits vielen Frauen aufgrund ihrer Lebensbiographie (Kindererziehung u. Pflegezeiten) Versicherungsjahre für die Pension fehlen und andererseits die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern nach wie vor auseinanderklafft und sich in der Pension potenziert, ziehen die ÖVP-SeniorInnen verheerende Schlüsse. Sie wollen allen Ernstes, dass Frauen bereits jetzt länger arbeiten sollen und nicht - wie im Gesetz vorgesehen - eine allmähliche Anhebung des Pensionsalters auf 65 Jahre beginnend 2024 bis zum Jahre 2033.

Dass Frauen derzeit fünf Jahre früher in die Alterspension gehen können, diese „Ungleichbehandlung“ im Pensionsrecht wurde als Ausgleich für die tatsächliche Diskriminierung den Frauen zuerkannt und gesetzlich fixiert.

Wie weltfremd muss man sein, um eine solche Forderung aufzustellen. Es ist schon jetzt für Frauen schwer genug mit 45 Jahren einen halbwegs respektablen Job zu bekommen und geschweige denn davon auch leben zu können. Dadurch werden immer mehr Frauen zu Notstands- und Sozialhilfeempfängerinnen.

Nein, solange Frauen immer noch ein Drittel weniger Lohn bekommen als Männer und „Halbe-Halbe“ noch lange nicht umgesetzt ist, brauchen wir solche Ideen nicht. Da haben wir wirklich andere Sorgen.

Soll privater Wohnbau leistbare Mieten bringen?

Die Gemeinde Wien nimmt 500 Millionen Euro an kostengünstigen Krediten auf und gibt sie an den freifinanzierten (also langfristig nicht der Mietpreisbindung unterliegenden) privaten Wohnungsmarkt weiter. Im Gegenzug müssen die Bauträger für zehn oder 15 Jahre Mietobergrenzen und eine Deckelung des Finanzierungsbeitrages auf sich nehmen, was heißt: 4,75 Euro/qm bzw. 6,10 Euro/qm (zusätzlich die jährlichen Indexerhöhungen) an Nettomiete, und 500 Euro/qm bzw. 150 Euro/qm Finanzierungsbeitrag der zukünftigen MieterInnen. Was das dann noch mit „Leistbarkeit“ (oder besser: leistbar für wen?) solcher Wohnungen zu tun hat, ist schon eine Frage wert.

Zu allem *Überfluss*: Nach zehn Jahren darf dann bei einer Neuvermietung ein „angemessener Mietzins“, letztlich also ein unkontrollierbarer freier Mietzins verlangt werden.

Zum Vergleich: Die Nettomieten in den von der Gemeinde Wien noch bis 2004 errichteten Gemeindefinanzierten Wohnungen (WIENER WOHNEN) betragen derzeit bei Altmieten 3,08 Euro/qm und bei Neuvermietungen

4,40 Euro/qm und das ohne einen Finanzierungsbeitrag.

Die Gemeinde Wien hat den sozialen Wohnungsbau längst aufgegeben, nimmt aber einen 500 Millionen Kredit auf, um private Bauträger zum Bau von dringend benötigten, angeblich leistbaren, Wohnungen zu animieren. Warum baut sie bei einer angeblich so günstigen Verzinsungen nicht selbst und im Eigentum der Stadt Wien? Und sollte es uns nicht ein wenig misstraurisch machen, dass das gesamte 500 Millionen-Paket von der Wirtschaft, von den Finanzinstitutionen, von den Bauträgern und – was das Ganze fast ein wenig grotesk erscheinen lässt – auch von der GRÜNEN-Spitze bejubelt wird? Chorherr: „Rot-grün zeigt, dass es überraschende Lösungen auch in Zeiten mit knappem Budget geben kann.“

KPÖ Bezirksrat Josef Iraschko befürchtet ernsthaft, dass außer einigen Alibibauten das Geld in verschiedenen Kanälen versickern wird. Leistbar für die Klein- und MittelverdienerInnen wird Wohnraum dadurch sicherlich nicht.

Nachrichten aus dem Beisl

„Wo da Pepi so lang bleibt“, fragt Franz und mischt noch einmal die Tarockkarten. „Er wird glei kommen“, sagt Bertl, „i glaub er is in de Schul von sein Enkerl gangen, si de Aufgaben für den Buam holen. Der war nämlich midn Pepiopa in de Semesterferien schifahren und hat sie dabei am letzten Tag den Fuaß brochen und hat jetzt an Liegegips.“

„Jo, schifoan ist teia wuan“, sagt Michi und erzählt gleich weiter. „Wia woan jo a mid da Familie in den Semesterferien in Osttirol, des kaunst da fast nimma leisten. Zwa Liftkortn fia mei Frau und mi und zwa fua de Kinder und € 712.— woan weg. Dabei is des no a billiges Schigebiet.“

„Ja, da kenn ma gleich betteln gehen, wenn ma sie mit seina Rentn nedmal mehr a Wochn schifohrn mit da Familie leisten kann“, meint Franz.

„In a paar Bundesländer wirst des bald a nimma kenna, wäu dort wollns des Betteln generell verbieten“, meint Bertl. „I frag mi nua, ob i dann den Barmherzigen Brüdern nix spenden derf, wann ma de an Bettelbrief schicken. Des kanns ja ned sei, dass mia wer vabietet, dass i auf da Strassen oder bei ana Haussammlung wos gib.“

„Es stimmt scho, dass des Göd, des uns fehlt, woanders is“, sagt Michi, „de Banken haben gnua davon.“

„De kriegens vom Staat nachghaut mit an Leitzinssatz von 1% und überziag amal de Konto und du brennst mindestens 10%. Waunst a bissl ungschickt bist, zahlst a noch Verzugszinsen, bei manchen Banken bis 18% und bis € 72,— Mahnspesen. Gegen den Wucher miaßt ma vorgehen.“

„Nau und wer soll dagegen was machen“, fragt Bertl, „de Wahl is vorbei, und de anzigen denen i so was zutraut hätt, die Kummerln de habens wieder ned in den Bezirksrat geschafft, wos glaubts waurum haben de des ned dapackt?“

„Se san ned gnua in de Öffentlichkeit gangen, de Ideen des haben san guad, i man oba, dass si de Mitarbeiter mehr persönlich einbringen miassen, dass als Person

Von Seite 1

der Tragödie in Japan, die sich vor unser aller Augen vollzieht, ist allen Menschen, die nicht auf der Soldliste der Atomlobby stehen, klar, dass es zum Ausstieg aus der Kernenergie keine Alternative gibt. Eine übergroße Mehrheit der Menschen in Europa fordert den sofortigen, ehestbaldigen Ausstieg aus der Atomenergie - in Europa und weltweit. Und daher braucht es auch keine Volksabstimmung mehr.“

bekannter werden solln, damit ma waas, für was sie stehen“, meint Michi.

Die Tür geht auf und herein kommt Kurtl. „Servus Eva, geh gib ma bitte an Glühwein.“ Eva bereitet den zu und stellt das Glas vor ihn hin.

„So da hast, du schaust ja ganz erfroren aus“, sagt Eva. „Na Gott sei Dank bin i mit dem Dienst fertig. Den ganzen Tag in der Kälten arbeiten fua de paar Netschis ned leinwand“, sagt Kurtl. Da sieht er die Pensionisten. Doch bevor die was sagen können, meint er schon: „I frog eh ned.“

Pepi kommt ins Lokal und setzt sich zu seiner Runde. „Tuat ma lad, das i ned rechtzeitig da war, oba i war bei mein Enkerl in da Schul de Aufgaben holen.“

„Natürlich hab i a bisserl warten müssen, i woa jo ned angemeldet. Dann hat ma da Klassenvorstand den Lernstoff gebn und ma a gleich sei Leid geklagt. Jetzt miassens ab 1. März in Wien 80 Lehrer einsparen. Des haßt, es wird fast nix mehr supliert wann a Lehra krank ist. Den Kindern fehlen was Gott wia vü Stunden und dann wundert ma si wauns ned vü kennan.“

„Aber mir kennan“, sagt Franz, „und jetzt heb ab.“ Und endlich beginnt das Kartenspiel.

Termine der KPÖ-Favoriten:

Dienstag 19. April, 18 Uhr.
Aktuelle politische Fragen
Bezirkslokal Herzgasse



9 Uhr Treffpunkt zum Maiaufmarsch Fußgängerzone/Quellenstraße bei U1-Station

15 Uhr Maifeier, Ansprache, die Lieder der 68er, Buffet und gemütliches Beisammensein, im Bezirkslokal Herzgasse.